

**Beschluss: Anpacken statt Zuschauen – Für einen neuen Aufbruch in
Deutschland und Sachsen
– Wahlauftritt der sächsischen FDP zur Bundestagswahl 2017 –**

Deutschland ist derzeit wirtschaftlich erfolgreich. Doch für die Zukunft unseres Landes wird zu wenig getan. Ob gesellschaftliches Klima, Digitalisierung, Bildungsqualität, Zustand der Infrastruktur, Leistungsgerechtigkeit oder Aufstiegschancen – der Handlungsbedarf ist unübersehbar. Wir Freie Demokraten wollen ein Update für unser Land. Es geht uns darum, jetzt anzupacken statt weiter zuzuschauen.

Wir wollen einen Staat, der ein selbstbestimmtes Leben seiner Bürger ermöglicht - und der befähigt statt bevormundet. Wir wollen ein Land, das durch erstklassige Bildung und Fortschrittsgeist neue Chancen für jeden leistungsbereiten Bürger schafft. Wir wollen eine freiheitliche und tolerante Gesellschaft, die Bürger ernst nimmt und nicht ausgrenzt und die ihre Privatsphäre garantiert. Wir wollen einen Rechtsstaat, der die Rechte seiner Bürger respektiert und schützt. In diesem müssen gleiche Regeln für alle gelten und auch konsequent durchgesetzt werden. Und wir wollen eine Wirtschaftsordnung, in der marktwirtschaftliche Vernunft und Leistungsgerechtigkeit wieder zählen.

Die Bundestagswahl 2017 entscheidet mit darüber, welche Entwicklungschancen der Freistaat Sachsen erhält. Unser Ziel bleibt es, dass Sachsen wirtschaftlich weiter aufsteigt, von finanziellen Transfers unabhängig wird und sich langfristig zu einer der erfolgreichsten Regionen in Deutschland und Europa entwickelt. Dafür setzen wir vor allem auf Innovationskraft, Mut und neue Freiräume.

1. Wir brauchen eine nationale Investitionsoffensive für **weltbeste Bildungsqualität** - durch erstklassig ausgebildete Lehrer, zukunftsorientierte Bildungsinhalte und Lernformen sowie modern ausgestattete Schulen. Die Bereitstellung von WLAN an allen sächsischen Schulen bis 2020 ist dabei ein notwendiger Schritt. Bei bundesweit einheitlichen Bildungsstandards wollen wir die Orientierung am hohen sächsischen Niveau. Eine Zentralisierung der Zuständigkeit für das Schulwesen auf Bundesebene lehnen wir ab, bis nicht sichergestellt ist, dass die Schulen finanzielle Mittel und Freiheiten bekommen.
2. Sachsen muss **digitales Vorreiterland** werden. Für bessere Chancen im digitalen Zeitalter wollen wir die flächendeckende Verfügbarkeit mit schnellem Internet von mindestens 100 Mbit/s bis zum Jahr 2022. Gleichzeitig wollen wir die „Funklöcher“ entlang aller Autobahnen, Bundes- und Staatsstraßen und Schienenwege in Sachsen bis spätestens 2020 beseitigen. Eine Modernisierungsoffensive nach dem Vorbild Estlands soll die öffentliche Verwaltung zum echten digitalen Dienstleister für Bürger und Unternehmen machen. Die sächsischen Bürger sollen in fünf Jahren jeden Antrag an die Verwaltung online stellen können.
3. Wir wollen eine schnellere **Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur**. Dazu gehören die Elektrifizierung der Eisenbahnstrecken Dresden-Görlitz und Leipzig-Chemnitz für schnellen Bahnfernverkehr sowie der zügige Ausbau von Bundesstraßen mit zentraler Bedeutung, wie beispielsweise nach Zittau (B178 n) und Torgau (B87 n). Sachsen soll zudem zum Vorreiterbundesland für digitales Verkehrsmanagement, Telematiklösungen und automatisiertes Fahren werden. Wir wollen in Sachsen neue Mobilitätslösungen testen und dafür Experimentierklauseln in der Bundesgesetzgebung erhalten, zum Beispiel beim Personenbeförderungsgesetz.
4. Wir wollen **Freiheit und Innovationskraft der Wissenschaft** in Sachsen stärken. Dazu braucht es nicht nur finanzielle Ressourcen, sondern auch gesellschaftliche Akzeptanz. Im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen müssen Wissenschaftler auch in der Biotech-, (Kern-)Energie- und Genforschung ohne ideologische Beschränkungen ergebnisoffen forschen können. Für Sachsen brauchen wir eine steuerliche Forschungsförderung, die die Innovationskraft von kleinen und mittleren Unternehmen stärkt und den Wissenstransfer aus unseren exzellenten Hochschulen deutlich beschleunigt.

5. Wir wollen, dass sich **Anstrengung wieder lohnt**. Die politische Aufmerksamkeit darf sich nicht auf einzelne Gruppen konzentrieren, sondern die breite Mittelschicht in Deutschland und Sachsen muss wieder in den Blickpunkt rücken. Eine spürbare Senkung der Steuerlast ist für uns überfällig und ein Gebot der Gerechtigkeit. Dazu gehören die ersatzlose Streichung des Solidaritätszuschlages bis 2019, die Senkung der Steuerlast für kleine und mittlere Einkommen sowie die Beseitigung der kalten Steuerprogression.
6. Wir wollen mehr soziale Sicherheit durch die einfachere **Schaffung von Wohneigentum**. Da sich Sachsen bei der privaten Wohneigentumsquote bundesweit auf einem der hintersten Plätze befindet, muss der Eigentumserwerb durch einen Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer und die Streichung teurer und überzogener Bauvorschriften erleichtert werden.
7. Wir wollen die **Energiekosten für Bürger und Unternehmen senken**. Das teure Energiewende-Experiment auf Bundesebene durch die Übersubventionierung Erneuerbarer Energien muss beendet werden. Wir wollen bundesweit einheitliche Netzentgelte, um die Nachteile des Ostens bei den Netzkosten zu beseitigen. Wir wollen eine subventionsfreie Nutzung der Windenergie und die subventionsfreie Nutzung der Braunkohle für eine grundlastfähige und sichere Energieversorgung weiter ermöglichen. Wir wollen, dass sich die effizienteste und umweltfreundlichste Energiequelle ohne unnötige staatliche Eingriffe auf dem Markt durchsetzt. Die Forschung an allen möglichen Energiequellen wie den erneuerbaren Energien, aber auch an Braunkohle und Atomkraft, soll ermöglicht und gefördert werden.
8. Wir wollen Mut machen, **Unternehmen zu gründen und Neues zu wagen**. Staatliche Vorschriften, die mit einem hohen Erfüllungsaufwand verbunden sind, müssen für Gründer und kleine Unternehmen abgesenkt werden. Für neue gesetzliche Vorschriften wollen wir einen „Mittelstands-TÜV“, der den Bürokratieaufwand für Unternehmen unterschiedlicher Größenordnungen ausweist. Und wer als Unternehmer mit einem Projekt kein Erfolg hat, ist nicht gescheitert, sondern hat etwas versucht - dies verdient gesellschaftliche Anerkennung.
9. Wir wollen die **unternehmerische Freiheit und Eigenverantwortung** stärken sowie staatliche Belastungen reduzieren. Dazu gehören die Beseitigung der Vorfälligkeit für Sozialversicherungsbeiträge, höhere Grenzen bei der IST-Umsatzbesteuerung, eine massive Reduzierung der Mindestlohn-Dokumentationspflichten, eine Korrektur des Arbeitszeitgesetzes sowie die Abschaffung von politisch veranlassten Belastungen durch die Sozialkassen Bau (SOKA-BAU). Unternehmen dürfen zudem nicht zum Spielball gesellschaftspolitisch erwünschter „Transformationsprozesse“ werden. Daher lehnen wir Vorschriften wie Quoten in Mitarbeiterschaft und Aufsichtsgremien sowie die Einführung neuer Rechtsansprüche gegen Unternehmen, beispielsweise bei Arbeitszeiten, ab. Die Pflichtmitgliedschaft in Industrie- und Handelskammern und Handwerkskammern soll für kleine Unternehmen abgeschafft werden.
10. Wir wollen einen Staat, der seine Kernaufgaben im Bereich Rechtsordnung, Bürgerrechte und Sicherheit umfassend erfüllt. Wir wollen, dass unsere Bürger in **Sicherheit vor Kriminalität und Terrorismus** leben können und dafür Gesetze konsequent durchgesetzt werden. Dazu braucht es zuerst eine handlungsfähige Polizei und Justiz statt dem Ruf nach immer neuen Gesetzen. Die Bundespolizeipräsenz in Sachsen muss angesichts der Kriminalitätsentwicklung erhöht werden.
11. Wir wollen die **Zuwanderung in unser Land klar und eindeutig regeln**. Dabei muss zwischen Asyl, Flüchtlingsschutz und Einwanderung unterschieden werden. Von einem Einwanderungsgesetz nach kanadischem Vorbild würde nicht nur Deutschland, sondern auch Sachsen profitieren. Bei klassischen Einwanderern wollen wir uns aussuchen, wer zu uns kommt. Für Kriegsflüchtlinge wollen wir einen vorübergehenden humanitären Schutz, aber auch funktionierende Rückführungsregelungen nach Beendigung des Konfliktes. Menschen ohne Bleiberecht müssen konsequent abgeschoben werden.

12. Wir vertrauen den Bürgern. Deshalb sprechen wir uns für **mehr direktdemokratische Elemente** auf Bundesebene aus, beispielsweise eine Volksabstimmung bei Gesetzen oder Verfassungsänderungen. Wir brauchen zudem ein öffentliches Klima, in dem politische Entscheidungen nicht als „alternativlos“ verkündet werden, sondern ein breiter demokratischer Diskurs erwünscht und gefördert wird.
13. Zur Zukunftsfähigkeit unseres Landes gehören **gute Lebensbedingungen für Bürger aller Generationen**. Lebensleistungen müssen angemessen und fair gewürdigt werden. Dafür gehören für uns der unkomplizierte Zugang zu einer flächendeckenden und hochwertigen medizinischen Versorgung sowie eine Betreuung und Pflege auf hohem Niveau.
14. Wir wollen ein **starkes Sachsen in einem vielfältigen Europa**. Aufgrund der geografischen Lage sind für den Freistaat eine enge Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn und offene Grenzen unverzichtbar. Wir wollen, dass sich die Bundesrepublik Deutschland an ihre Vereinbarungen mit Polen und der Tschechischen Republik hält und beispielsweise gemeinsam verabredete Verkehrsprojekte umsetzt. Wir streben nach einer engeren grenzüberschreitenden Kooperation im Bereich Sicherheit und Katastrophenschutz sowie bei Bildung und Ausbildung.
15. Wir stehen für ein Bekenntnis zur gesellschaftlichen Vielfalt. Das Grundgesetz ist für uns der gemeinsame gesellschaftliche Nenner. Wir möchten die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare öffnen und ihnen das volle Recht auf gemeinschaftliche Adoptionen zugestehen.